

Pfusch-Privatisierung kommt Kärnten teuer zu stehen

Die von SPÖ und ÖVP 2018 betriebene Teilprivatisierung des Klagenfurter Flughafens kommt das Land teuer zu stehen. Jetzt streiten die beiden um einen Rückkauf. Die FPÖ fordert die Beiziehung von Experten, um weiteren Schaden für Kärnten abzuwehren, mahnt Landeschef Erwin Angerer. **S. 13**



Foto: Parlamentsdirektion/Simons

Volksbefragung zu Energie-Embargos!

Österreicher müssen diese Politik bezahlen, also sollen sie auch mitbestimmen **S. 2/3**



Keine Aufweichung bei der Staatsbürgerschaft

Rot-Grün will nur aus parteipolitischen Motiven Erleichterungen – **S. 4/5**

PARLAMENT

Massen-Asylansturm

Per Ende Mai dürfte die Zahl der Asyl-Neuanträge bereits die 20.000er-Marke übersteigen. Daher befürchtet die FPÖ aufgrund der „restriktiven Asylpolitik“ der ÖVP bis Jahresende eine Masseneinwanderung wie zuletzt in den Jahren 2015 und 2016. **S. 7**

AUSSENPOLITIK

Sanktions-Realität

Auf dem Sondergipfel der EU holte Ungarns Regierungschef Viktor Orbán die Brüsseler Institutionen von ihrem moralischen Höhenflug herunter. Beim Öl-Embargo gegen Russland wurde jetzt doch auf die Folgen für die Mitgliedsländer Rücksicht genommen. **S. 8/9**

WIEN

Selbstbedienung

Einen Teuerungsausgleich besorgte die SPÖ Wien nur der eigenen Bundespartei: Während die Mieten für die Wiener in den Gemeindewohnungen erhöht wurden, gewährte man den eigenen Genossen eine Dumping-Miete im Palais in der Löwelstraße. **S. 11**

MEDIEN

Aus für Zwangsgebühr

Dänemark hat die Zwangsgebühr für den staatlichen Rundfunk bereits abgeschafft. Frankreich folgt heuer, Großbritannien 2027. Nur in Österreich wurde die europaweit sowieso schon höchste Zwangsgebühr heuer sogar noch einmal hinaufgeschulzt. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Am vergangenen Dienstag war „Welt Nichtrauchertag“. Die Mehrheit der Nichtraucher machte sich auch in Österreich Sorgen um die betroffene 20-Prozent-Minderheit.

Allen voran der grüne Gesundheitsminister, der prompt eine „Nationale Tabak- und Nikotinstrategie“ ankündigte. Also noch mehr Verbote und Auflagen für die zu bevormundende Minderheit.

Auf der anderen Seite treiben die Grünen die Legalisierung von Haschisch und Cannabis voran, die doch auch geraucht werden. Aber hier wird eine „gute“ Minderheit bedient.

Politik, für wen?

In diese Logik grüner Politik fällt auch die Ignoranz gegenüber der Teuerungswelle, getragen von den steigenden Energiepreisen, hervorgerufen durch die Energieverknappung zur „Klimarettung“ und die von Chinas Kommunisten kopierten Corona-Maßnahmen. Die Folgen dieser Politik waren bereits spürbar, bevor Putin die Ukraine überfallen hat.

Aber statt die Politik zu korrigieren, damit die Menschen ihre Wohnungen heizen, ihre Autos tanken und Lebensmittel zu leistbaren Preisen kaufen können, will man weiter die Menschen und ihre Lebensweise „korrigieren“. Und die ÖVP hüpf mit.

Im Mai kletterte die Inflation auf acht Prozent, Tendenz steigend. Trotzdem wird am 1. Juli die CO₂-Steuer kommen. Die bringt dem Klima nix, aber verteuert das Leben der Österreicher weiter.

Diese Politik ist nicht neu, die haben Kommunisten weltweit praktiziert. Das Ergebnis: Die Menschen (er)froren und (ver)hungerten. Damals für den Kommunismus, diesmal fürs Klima.

Embargo-Politik treibt die T

Freiheitliche fordern Volksbefragung zu Embargo-Politik der EU und endli

Am Dienstag haben die Regierungschefs in Brüssel ein Teil-Embargo gegen russisches Erdöl beschlossen. Das wird die Inflation, die im Mai laut Schnellschätzung der Statistik Austria auf acht Prozent gestiegen ist, weiter anheizen. Die FPÖ fordert den Ausstieg Österreichs aus dieser Preistreiber-Spirale, die von Brüssel gesteuert wird.

Auf das Ölembargo wird das Gasembargo folgen. Das ist der Plan der EU im Zuge ihrer Sanktions-Spirale gegen Russland – mit fatalen Folgen für Österreichs Wohlstand, Wirtschaft und zigtausende Arbeitsplätze.

„Die schwarz-grüne Bundesregierung darf nicht länger als EU-Anhängsel agieren und aus Scheinmoral die Russland-Sanktionen einfach abnicken. Denn dadurch heizt sie die Rekordinflation immer weiter an“, erklärte FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl.

Inflation steigt und steigt

Er verwies dabei auf die Erhöhung der WIFO-Inflationsprognose von 5,8 auf 6,5 Prozent für das heurige Jahr. Nach Aussagen von WIFO-Chef Gabriel Felbermayr in der ORF-„Pressestunde“ werde allein ein Öl-Embargo die Teuerung um bis zu 0,5 Prozent weiter ansteigen lassen.

Die Freiheitlichen haben am vergangenen Montag daher im EU-Hauptausschuss des Nationalrats per Antrag Kanzler Karl Nehammer aufgefordert, auf EU-Ebene ein Veto gegen diese Energie-Embargos einzulegen. Aber nicht nur die beiden Regierungsparteien ÖVP

und Grüne, sondern auch die „Pseudo“-Oppositionsparteien SPÖ und Neos stimmten dagegen.

Felbermayr hat hingegen in den Chor der Kritiker an der chaotischen Energiepolitik der Bundesregierung eingestimmt. So gebe es noch immer keinen Plan, wie etwa Gas im Falle eines Lieferstopps aus Russland sinnvoll verteilt werden soll. Ohne entsprechende Pläne könnte im Herbst ein Chaos drohen, das Österreichs Volkswirtschaft nachhaltig schädigen werde, warnte der WIFO-Chef.

Die Österreicher würden in jeder Hinsicht den Preis für die schwarz-grüne Regierungspolitik zahlen. Sie hätten daher das Recht, darüber zu entscheiden, ob sie diese überhaupt mittragen wollen, betonte Kickl.

Volksbefragung zu Embargos

„Bevor ÖVP-Kanzler Nehammer durch seine EU-Hörigkeit die Teuerung in Österreich noch weiter anheizt, den Wohlstandsverlust noch weiter befeuern sowie Wirtschaft und Arbeitsplätze noch mehr in Gefahr bringen kann, braucht es eine Volksbefragung – und zwar umgehend“, forderte daher der FPÖ-Bundesparteiobmann.

Gegen ein Embargo sprach



„Mit den Embargo-Maßnahmen gegen...
bert Kickl vor weiteren Preisteigerungen“

sich auch der WIFO-Chef aus. Er schlug, wie schon deutsche Wirtschaftsexperten, eine vernünftige Lösung vor, nämlich Zölle auf russisches Erdöl: Mit den Einnahmen könnten dann auch die davon am meisten betroffenen EU-Länder entschädigt werden.

Aufgrund der hohen Inflation sprach sich Felbermayr auch für die Umsetzung von Kernforderungen der FPÖ aus, wie der Erhöhung von Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Mindestsicherung und Pflegegeld in der Höhe der Inflationsrate. Für die Arbeitnehmer müssten end-



SPITZE FEDER Organisierte Staatsplünderung.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: BKAUAT33
IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Teuerungswelle an effektive Maßnahmen gegen die Kostenlawine



„Russland sanktioniert Nehammer die eigene Bevölkerung“, warnt Her-
n und fordert eine Volksbefragung zu dieser Preistreiber-Politik.

lich auch die „kalte Progression“
abgeschafft und die Lohnneben-
kosten gesenkt werden, damit bei
diesen vom Bruttolohn mehr Netto
in der Geldbörse lande.

Hinunter mit dem Strompreis!

Aktivitäten müsse die Regierung
auch beim Strompreis setzen for-
derte Kickl. Nachdem der Strom-
konzern Verbund nach monate-
langer Kritik ein Entlastungspaket
für seine Kunden geschnürt habe,
sollten auch andere Energieversor-
ger, an denen die öffentliche Hand
beteiligt ist, diesem Beispiel fol-

gen, betonte Kickl: „Die jeweiligen
Länder, die Beteiligungen halten,
müssen entsprechenden Druck ma-
chen.“

Bei privaten Energieanbietern
kann sich der FPÖ-Klubobmann
vorstellen, diese mit einer Sonder-
steuer zubelegen, sofern der Ge-
winn 2022 einen gewissen Pro-
zentsatz über jenem des Vorjahres
liegt: „Dieser Steuer könnten sie
beispielsweise entgehen, wenn
sie – angelehnt an die Aktion vom
Verbund – ihren Kunden eben-
falls spürbare Reduktionen bei der
Stromrechnung anbieten.“

KURZ UND BÜNDIG



Halbherziger Tierschutz

FPÖ-Tierschutzsprecherin Marlies Steiner-Wieser (Bild) stellt den Novellen zum Tierschutz- und zum Tiertransportgesetz kein gutes Zeugnis aus: „Die Verbesserungen sind nur halbherzige Alibi-Aktionen – und bei wichtigen Themen wie der Qualzucht, dem Lebendtier-Transport oder dem illegalen Welpenhandel unternimmt diese Regierung überhaupt nichts.“ Sie appellierte an die Regierung, mehr Mut zu zeigen und die Landwirte zu unterstützen, damit die Lebensbedingungen von Tieren verbessert werden.

Zynische Untätigkeit

Während nach Ungarn und Slowenien nun auch Deutschland per 1. Juni für eine spürbare Entlastung bei den Spritpreisen Sorge, bleibe Schwarz-Grün untätig, kritisierte FPÖ-Verkehrssprecher Christian Hafenecker (Bild): „Es ist Zynismus, gepaart mit sozialer Eiskastenpolitik, dass die Regierung und der Finanzminister mit den einhergehenden steigenden Steuereinnahmen die größten Profiteure der Teuerungswelle sind. Und mit der CO2-Steuer treiben sie pünktlich zu Beginn der Urlaubszeit die Preise noch weiter hoch.“



Stopp für CO2-Steuer!

Nachdem Österreichs Bundesregierung das Embargo auf russisches Öl unterstützt, fordert FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch einen Stopp der ab Juli geplanten CO2-Steuer. „Das Embargo auf russisches Öl trifft einzig und allein die heimische Bevölkerung und wird abermals für eine Befeuerung der Teuerung sorgen. Es ist daher dringend notwendig, dass die geplante CO2-Belastungssteuer ab Juli umgehend gestoppt wird“, betonte Rauch. Denn die vielgepriesene „ökosoziale Steuerreform“ erweise sich immer mehr als „asozialer Belastungs-Hammer“ für die Bevölkerung.



SPRUCH DER WOCHE

„Wenn man glaubt, in der Hitze des Gefechtes die Verteilung demokratisch festzulegen, dann wird man sich wundern.“

Gabriel Felbermayr
29. Mai 2022

Der WIFO-Chef befürchtet, dass die chaotische Energiepolitik der Koalition der Volkswirtschaft mehr Schaden zufügen wird als ein Gaslieferstopp Russlands.



BILD DER WOCHE Ein Foto für die Partei (unten), eins für die Zeitungen (oben). Wie war das noch mit dem „Wiener Weg“, Herr Ludwig?

FPOE.AT

ÖSTERREICH TOUR

Heimat. Wohlstand. Sicherheit.



Die „Österreich-Tour“ des freiheitlichen Parlamentsklubs entwickelt sich zu einem echten Publikumsmagneten.

Vergangene Woche füllten Parteichef Herbert Kickl und Generalsekretär Michael Schnedlitz, unterstützt von Landesparteiobfrau Marlene Svazek, die Veranstaltungssäle in Zell am See und Faisntau.

Während sich die anderen Parteien hinter ihren Schreibtischen verstecken, ist die FPÖ bei den Österreichern unterwegs und hat ein offenes Ohr für die Wünsche, Ängste und Sorgen der Bevölkerung. „Die Stimmung bei der Österreich-Tour in Salzburg war sensationell und man spürt deutlich, dass sich die FPÖ in einer großartigen Aufwärtsbewegung befindet“,

zeigte sich der Parteichef vom Zuspruch der Salzburger überwältigt.

Nach den ersten Wochen der „Österreich-Tour“ zeigt sich, dass die Partei mit dem Motto „Heimat. Wohlstand. Sicherheit“ die genau richtigen Probleme anspricht, die die Bürger in Zeiten von Coronawahn, Asylzuwanderung, Teuerungswelle und Krieg in Europa so richtig bewegen.



Foto: EP

BURGE
CITOYE
BÜRGE

ALLE
TOUS
LLE

Thema der Woche

Die österreichische Staatsbürgerschaft kennbar sein, Teil unserer Heimat zu

Staatsbür

Bundespräsident Van der

Nicht die Folgen der Corona-Maßnahmen oder die Teuerungswelle hat bei Bundespräsident Alexander van der Bellen Priorität, sondern eine erleichterte Einbürgerung für „die Menschen, die hier leben“, wie er in seinen Ansprachen die Folgen der massiven Zuwanderung nach Österreich zu verniedlichen pflegt. Nur die Freiheitlichen halten ernsthaft dagegen.

Die Staatsbürgerschaft sollte am Ende einer gelungenen Integration von Einwanderern stehen und die Einwanderung ins Sozialsystem ausbremsen. Das war das Ziel der unter Türkis-Blau vollzogenen Änderung der Gesetzeslage. Von NGOs, Grünen und SPÖ wurde das als „inhumane Verschärfung“ abgekanzelt, weil sie darin eine Beschränkung ihres Wählerpotentials sehen.

Zu harte Vorgaben?

Jetzt hat der Bundespräsident wieder einmal „auf den Horizont hinausgeschaut“, wie er seine Handlungsweise jüngst in einem „ZIB2“-Interview bildlich darstellte, und die „harten Einbürgerungsbedingungen“ wahrgenommen.

Fotos: FPÖ Salzburg/Dom Kemper

RS EU / EER / CH

ENS UE / EEE / CH

R EU / EWR / CH

PASPOORTEN

PASSEPORTS

PÄSSE



BURGERS EU / EER / CH

CITOYENS UE / EEE / CH

BÜRGER EU / EWR / CH



ALLE PASPOORTEN

TOUS PASSEPORTS

ALLE PÄSSE

...aft reduziert sich nicht auf den Reisepass. Sie stellt ein unschätzbare Gut dar. Folglich muss bei Einwanderern auch ein echtes Bemühen er-
werden, um sie zu erlangen.

Bürgerschaft ist kein Ramsch-Artikel!

Bellen will einen „erleichterten Zugang“ zur Staatsbürgerschaft – Grüne, SPÖ und Neos sind dafür

Aber er hat dabei die kräuselnden Wellen übersehen, die, ausgelöst von der Masseneinwanderung der letzten Jahre, unser Sozialsystem zu unterspülen drohen.

Daher sind die Freiheitlichen strikt gegen die vom Bundespräsidenten geforderte Aufweichung. Bundespartei- und Vizechef Herbert Kickl sprach sich klar für die Beibehaltung des Status quo insbesondere bei den Vorgaben zur Integration und des Mindesteinkommens für Bewerber aus.

An diesen beiden Vorgaben, die über denen von Deutschland liegen, machen die Kritiker die „Ungerechtigkeit“ fest. Sie übersehen aber, dass klassische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder Australien bedeutend anspruchsvollere Maßstäbe an ihre „Neubürger“ anlegen.

Neubürger aus Nicht-EU-Ländern

So sind es auch nicht Bürger anderer EU-Staaten, die vorrangig die begehrte österreichische Staatsbürgerschaft anstreben.

Sie machen im Schnitt nur ein knappes Drittel bei den Vergaben aus, weil sie nur wenige zusätzliche Rechte wie das Wahlrecht erhalten. Sozialrechtlich sind sie den Öster-

reichern ohnehin bereits gleichgestellt. Das Gros der Neo-Österreicher kommt aus Nicht-EU-Ländern sowie Asien und Afrika, wie den Zahlen der Statistik Austria zu entnehmen ist.

Im „Pandemiejahr 2020“ hat die Zahl der gemeldeten Einwohner Österreichs trotz erhöhter Sterbezahlen um 31.600 Personen zugenommen, obwohl das ein Drittel weniger war als in einem Normaljahr. Nur: Die Zahl der österreichischen Staatsbürger ist 2020 um 13.000 Personen gesunken.

Diskutieren möchte der Bundespräsident auch über die Doppel-

staatsbürgerschaft, wie sie etwa in Deutschland eingeführt wurde. Dabei kann der „Neo-Deutsche“ seine alte Staatsbürgerschaft oder die seiner im Ausland geborenen Eltern beibehalten, wenn dies auch dort rechtlich möglich ist.

Aber bisher ist die Erwartungshaltung, dass dies die Integration in Deutschland fördert, nicht erfüllt worden.

Facharbeiter-Auswanderung

Und die deutsche Erfahrung widerspricht auch der Forderung aus Wirtschaftskreisen, mit dem erleichterten Zugang zur Staatsbür-

gerschaft „Fachkräfte und Talente“ ins Land zu holen. 2020 zogen etwa 220.000 Personen mehr nach Deutschland als von dort weg. Aber selbst das waren noch zu wenige, um den Fachkräftemangel durch die Abwanderung deutscher Akademiker und Facharbeiter auch nur ansatzweise zu lindern.

Während die Eingewanderten in erster Linie ungelernete oder niedrig qualifizierte Arbeitskräfte waren, stellten Akademiker und qualifizierte Fachkräfte mehr als zwei Drittel der 220.239 ausgewanderten Deutschen. Davon zogen 15.000 in die Schweiz und nur 11.000 nach Österreich.

Vor allem deutsche Auswanderer aus den besonders begehrten technischen und naturwissenschaftlichen Sektoren zieht es nicht in Richtung Österreich, sondern vielmehr nach Großbritannien und nach Übersee. Nicht nur wegen der höheren Einkommensmöglichkeiten dort, sondern auch wegen der besseren Forschungsstätten in diesen Ländern – und nicht wegen der Staatsbürgerschaft.

Also geht es bei der Aufweichung mehr um Parteinteressen, sprich neue Wähler, als um das Staats- und Gemeinwohl des Landes.



Kickl: Keine Aufweichung der Vorgaben für die Staatsbürgerschaft.



HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Der Parteitag der Wiener SPÖ hat so manchen Polit-Beobachter in Staunen versetzt. Da war der „Heisl-Sager“, der für Diskussionen sorgte. Interessanter war aber, was die SPÖ-Obfrau zur Bundesregierung zu vermelden hatte: Ein Befund, der an dieser Stelle zu 100 Prozent geteilt sein möge: „Praktisch handlungsunfähig“ sei die türkis-grüne Koalition und bringe „nur mehr Instabilität und Stillstand für Österreich“.

Das Gegengewicht

Vor dem Hintergrund, dass es in den vergangenen zwei Jahren drei Kanzler und 14 Ministerwechsel gegeben hat, wird dem kein Analyst widersprechen.

Die Worte der SPÖ-Vorsitzenden sind aber bemerkenswert, zumal sie eingesteht, dass die FPÖ-Regierungsbeteiligungen offensichtlich gar nicht so schlecht gewesen waren. Mitte-Rechts besser als Mitte-Links. Wer hätte dieses Geständnis je von einer linken Kanzlerkandidatin erwartet?

Das Problem ist tiefergehend, zumal Österreich von einem Establishment gelenkt wird, das nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit genießt. Allen voran eine Bundesregierung, mit der nur noch ein Drittel der Wahlberechtigten einverstanden ist. Gefolgt von einem Nationalrat der unter völlig anderen Vorzeichen gewählt worden ist. All das getragen von einem Bundespräsidenten, der sich scheut, die verfassungsrechtlich gebotenen Schnitte zu vollziehen. Die einseitige Berichterstattung des Staatsfunks rundet das Bild ab.

Der Freiheitliche Parlamentsklub wird weiterhin alles tun, um ein Gegengewicht zur Gleichschaltung unserer Zeit zu sein.

MEDIENPOLITIK

Millionen für eigene Klientel

Wenige Wochen, nachdem die Stadt Wien die Förderung des Mini-Senders „Okto-TV“ eingestellt hat, erhöhte Schwarz-Grün die Förderung für solche „Nischensender“ auf fünf Millionen Euro – auf Kosten der GIS-Zahler. „Jetzt, da weiten Teilen der Bevölkerung ein massiver Wohlstandsverlust droht, müsste die Regierung bei den Rundfunkgebühren für Entlastung sorgen, statt Klientelpolitik zu betreiben“, forderte FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker.



MINISTERIENGESETZ

Arbeitserlaubnis

Der Verfassungsausschuss des Nationalrats hat mehrheitlich der Novelle zum Bundesministerien-gesetz zugestimmt. Damit wurde die Zusammenlegung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums rechtskräftig. Zudem bekamen das Finanzministerium und das Bundeskanzleramt neue Aufgaben.

25.000-Euro-Gutachten für 100 Interessierte

Sozialminister „förderte“ regierungnahe Impfpflicht-Befürworterin

„Wo grüne Minister die Macht haben, da machen sie, was sie wollen“, kritisiert FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm die Steuergeldverschwendung im Sozialministerium.

Um 25.000 Euro orderte das Sozialministerium 2021 ein Gutachten zum Thema „Künstliche Intelligenz und Verbraucherschutz“. Im März 2022 wurde dieses in einer Online-Präsentation ganzen 100 Interessierten vorgestellt.

Regierungsfreundliche Expertin

Wohl auch deswegen, weil das Gutachten auf die Amtssprache Deutsch keine Rücksicht nehme und ausschließlich in einem englischen Textformat zugänglich sei, vermutete der FPÖ-Konsumentenschutz-



Wurm: Grüne Minister fördern regierungstreue Expertin

sprecher, der auch die Vergabe kritisierte. Denn den Zuschlag erhielt die Wiener Zivilrechtsprofessorin Christiane Wendehorst, die sich wenige Monate zuvor als Regierungs-

expertin bei der Behandlung des COVID-19-Impfpflichtgesetzes für dieses Gesetz ausgesprochen hat. „Auf den Rechnungshof wartet viel Arbeit“, kündigte Wurm dazu an.

Nachhaltige Senkung der Strompreise

Eine „sofortige und nachhaltige Senkung“ der Strompreise forderte FPÖ-Wirtschaftssprecher Erwin Angerer (Bild): „Die Bundesregie-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

rung muss bei den Strompreisen endlich in die Regulierung eingreifen, statt zuzusehen und die Bevölkerung mit Rekord-Steuererinnahmen weiter zu schröpfen.“

Er forderte eine Änderung der derzeitigen Regelung, wonach das letzte zugeschaltete Kraftwerk den Strompreis für alle anderen bestimmt und die Stromkonzerne so unverschämte Milliardengewinne machen könnten. Es sei wieder nur „Show-Politik à la ÖVP“, wenn etwa der Verbund dann damit einem begrenzten Kundenkreis zwei Monate Gratis-Strom gewähren würde.

Angerer nahm aber auch die SPÖ-Landeshauptleute in die Pflicht, sich an den Forderungen ihrer Bundespartei zu orientieren. Er erinnerte den Kärntner SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser, sein Versprechen zur Strompreissenkung aus dem Jahr 2013 umzusetzen: „Damals hat Kaiser – noch bevor er Landeshauptmann wurde – die sofortige Einberufung einer Kelag-Aufsichtsratsitzung gefordert, um die Strompreise zu senken. Heute, neun Jahre später, schaut Kaiser dieser noch nie dagewesenen Explosion der Strompreise tatenlos zu.“

Schon 20.000 Asylanträge bis Ende Mai?

Kommt zu Coronakrise und Teuerungswelle heuer auch noch eine Massen(asyl)einwanderung?

Droht Österreich heuer eine Masseneinwanderung wie 2015? In gut informierten Kreisen wird bereits per Ende Mai mit 20.000 Asylneuanträgen gerechnet. Und die kommen größtenteils aus jenen Ländern, die keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, wie deutsche Daten aufzeigen.

In diesem Jahr wird Österreich bereits Ende Mai die Zahl von 20.000 Asylanträgen erreichen. Diese Nachricht aus gut informierten Kreisen ist für FPÖ-Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer ein Alarmzeichen, liegt sie doch weit über jener des Vorjahres, als es zu Jahresende dann 40.000 neue Asylwerber zu versorgen galt.

„Diese Zahl müsste den ÖVP-Innenminister Gerhard Karner in die höchste Alarmstufe versetzen und er seinen Worten auch endlich Taten folgen lassen: Die restriktive Asylpolitik muss an den Grenzen umgesetzt werden – und nicht mehr nur wie bisher in ÖVP-Pressekonferenzen angekündigt werden“, forderte Amesbauer. Österreichs Grenzen seien trotz Ali-

bi-Aktionen des Innenministers für illegale Einwanderer sperrangelweit offen. Besonders das Burgenland sei, so Amesbauer, besonders stark betroffen und verzeichne mehr als tausend Aufgriffe pro Woche.

Balkanroute ist weit offen

Der Zustrom komme vornehmlich über die Balkanroute, die ja angeblich schon von Nehammers Vorgänger vor Jahren geschlossen wurde, betonte Amesbauer: „Jetzt ist es Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen, den Bürgern die Wahrheit über das ganze Ausmaß des politischen Versagens zu erklären und endlich die politische Verantwortung zu übernehmen!“

Dass mit dieser Art der Einwanderung der Arbeitskräftemangel in



Foto: FPÖ Burgenland

Die offene Grenze im Burgenland ist eine Einladung an die Schlepper.

manchen Bereichen der Wirtschaft nicht zu beheben ist, zeigen Daten aus Deutschland. Laut der Bundesagentur für Arbeit, dem Pedant zum heimischen AMS, waren im Jänner dieses Jahres zwei Drittel der Asyl-Einwanderer aus den wichtigs-

ten acht Herkunftsländern auf Sozialleistungen angewiesen, knapp ein Drittel konnte eine Beschäftigung vorweisen. Kein Wunder, besitzen doch 43 Prozent keinen Berufsabschluss, und zu weiteren 25 Prozent liegen keine Bildungsangaben vor.

Abenteuerliche Ausreden zur ÖVP-Abkassieraktion

Nach den Spitzenvertretern der Volkspartei stehen jetzt die diversen Bünde der ÖVP im Visier der Korruptionsermittler. Nach dem Wirtschaftsbund Vorarlberg rückte jetzt der Seniorenbund nach dem Erhalt von Corona-Hilfsgeldern ins Visier der Korruptionsermittler. Der Seniorenbund der oberösterreichischen ÖVP hat Corona-Förderungen in der Höhe von fast zwei Millionen Euro kassiert, obwohl Parteien und ihre Teilorganisationen davon ausgeschlossen sind. Auch der Tiroler Seniorenbund hat anscheinend knapp 185.000 Euro aus diesem Topf abgeholt.

„Wenn die Skandale in der ÖVP weiter in dieser Geschwindigkeit aufschlagen, dann ist die Korruptionsquote in der Kanzlerpartei bald höher als die Corona-Impfquote in Österreich“, bemerkte dazu der FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz.

Besonders originell sei die Erklärung, dass der Seniorenbund in einer „Zwei-Vereins-Variante“ geführt werde: zum einen als Vor-



Foto: NFZ

Schnedlitz: Schwarze Abkassierer.

feldorganisation der Partei und zum anderen als Hilfsorganisation – aber mit komplett identer Führungsriege.

Besonders pikant an der Sache ist laut dem Onlineportal „Zack-Zack“, dass ÖVP-Parteichef Karl Nehammer über diese „Zwei-Vereins-Variante“ und deren Gesetzwidrigkeit seit Jahren informiert war. Denn 2018 hat der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat (UPTS) diese Konstruktion bei einer niederösterreichischen Ortsgruppe für illegal erklärt. Das Urteil erging schriftlich an den damaligen ÖVP-Generalsekretär. Und das war Karl Nehammer.

ENTLASTUNG FÜR ÖSTERREICH – JETZT!

Kostenlawine stoppen

Die **Kostenlawine** ist die direkte Folge der völlig untauglichen Corona-Politik der Bundesregierung und eine konkrete Auswirkung des Klimawahns, dem sich ÖVP und Grüne verschrieben haben.

Denn dadurch wurde im Rahmen der **öko-ASOZIALEN Steuerreform** eine massive **Erhöhung der Preise für Benzin und Diesel** ermöglicht. Was wir hier aktuell **brauchen**, sind **Steuersenkungen** und **Preisobergrenzen** – ebenso **bei den Energiekosten** für Strom und Gas, die schon zuletzt viel teurer geworden sind und demnächst wegen der Entwicklungen in der Ukraine völlig durch die Decke gehen könnten.

All das macht sich in einer **Inflationsrate von fast 6 Prozent im Februar 2022** bemerkbar. Eine Geldentwertung in diesem Ausmaß haben wir in Österreich **seit fast 40 Jahren nicht mehr gesehen**. Wir fordern daher ein **sofortiges und umfassendes Entlastungspaket** für die Österreicher und werden den **Protest gegen diese schwarz-grüne Politik der Belastung** solange fortsetzen, bis diese Regierung Geschichte ist!

So stoppen wir die Kostenlawine!

- >> **Halbierung der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer** auf Benzin und Diesel
- >> **Streichung** der CO₂-Abgabe
- >> **Erhöhung** von **Kilometergeld** und **Pendlerpauschale**
- >> **Halbierung** der **Mehrwertsteuer** auf **Gas und Strom**
- >> **Heizkostenzuschuss** von 300 Euro pro Haushalt und Jahr
- >> **Halbierung** der **Mehrwertsteuer** für **Grundnahrungsmittel**
- >> **Signifikante Lohnerhöhungen** für Arbeitnehmer
- >> **Deutliche Senkung** der **Lohnnebenkosten**
- >> **Inflationsanpassung** von Pensionen und Arbeitslosengeld
- >> **Ende** der extrem teuren **Corona-Politik**
- >> **Evaluierung** der **Russland-Sanktionen**
- >> **Widerstand** gegen die **EU-Schuldenunion**

Wenn Sie sich unseren **Forderungen anschließen**, ersuche ich Sie, die **Petition** auf unserer Webseite zu **unterstützen**.

Herbert Kickl | FPÖ-Obmann

JETZT DIE PETITION UNTERZEICHNEN:
STOPP.KOSTENLAWINE.AT





Harald Vilimsky

Rekordanstieg bei illegaler Migration

Während die EU sich gebannt auf den Krieg in der Ukraine konzentriert, bleibt ein altes Problem aus den Schlagzeilen: das Versagen bei Asyl- und Migration. Über die de facto offenen Außengrenzen nimmt die illegale Migration massiv zu.

Im ersten Quartal wurden mehr als 200.000 Asylanträge gestellt, ein alarmierendes Wachstum von 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ukrainer machen dabei nur einen kleinen Teil aus, weil sie selten Asyl beantragen und ohnehin einen

temporären Schutztitel erhalten. Gleichzeitig meldet die EU-Grenzschutzagentur Frontex einen Ansturm auf die Außengrenzen. Von Jänner bis April wurden 57.800 illegale Grenzübertritte registriert (ohne Ukrainer) – über zwei Drittel mehr als im Vorjahr. Mit dabei einmal mehr deutsche NGOs, die mit ihren angeblichen „Seenotrettungen“ nur das Geschäft der kriminellen Schlepper stützen. Deswegen sitzen in Sizilien wieder 21 Aktivisten vor Gericht.

Griechenland hat nun angekündigt, den teilweise bereits bestehenden Grenzzaun zur Türkei über die gesamte Landgrenze zu verlängern. Schlepper suchen bereits den direkten Seeweg von der Türkei nach Italien. Brüssel ist bei der Sicherung der EU-Außengrenzen weiterhin untätig. Dabei bräuchte es – wie von uns gefordert – längst die Möglichkeit, illegale Migranten an den Außengrenzen zurückzuweisen, statt sie einlassen zu müssen.

Gefährliches Potential in Schallensbergs Wunsch-EU

„Wenn nicht ganz Europa in diesen Konflikt militärisch hineingezogen werden soll, kann ein EU-Beitritt der Ukraine überhaupt kein ernsthaft angedachtes Thema sein. Aber auch die sechs Westbalkanstaaten sind nicht ohne weiteres reif für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union“, merkte FPÖ-Europasprecherin Petra Steger zu den EU-Erweiterungswünschen von ÖVP-Außenminister Alexander Schallenberg an.

Zu den EU-Beitrittsperspektiven für die Westbalkanstaaten habe die EU-Kommission erst letzten Oktober angemerkt, dass sich am Gesamtbild „wenig geändert“ habe. Die Meinungsfreiheit in Albanien sei ebenso beanstandet worden wie die stagnierenden Justizreformen in Montenegro. In Bosnien-Herzegowina und im Kosovo besäßen die staatlichen Regimes nicht einmal ein Gewaltmonopol, weshalb internationale Militärmissionen notwendig seien, um die Sicherheit der beiden zu gewährleisten.

„Auch wenn ÖVP-Funktionäre wie Außenminister Schallenberg darin wohl kein Problem sehen, ist Korruption in vielen Bereichen sehr weit verbreitet und gibt somit Anlass zur Sorge“, merkte Steger an. In Summe könne man daher der EU nur davon abraten, sich zusätzliche gesellschaftliche Spannungen und vor allem das Konfliktpotential aufgrund von religiösen Bruchlinien aufzuladen. Und natürlich ganz zu schweigen vom fehlenden EU-Außengrenzschutz.



Schallensbergs gefährliche Wünsche.

EU-Sondergipfel: Wann kann die Union selbst

Trotz ständig neuer Energiepreisrekorde will Brüssel



EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf den Boden der Realität heruntergeholt: Das Ölembargo gegen Russland

Anfang Mai hat die EU-Kommission ihr sechstes und zugleich ehrgeizigstes Sanktionspaket gegen Russland präsentiert: Um Putins Kriegskasse zu leeren, soll ein Ölembargo gegen Russland beschlossen werden. Ein nicht nur wegen der anhaltenden Energiepreissteigerungen in Europa schier aussichtsloses Unterfangen.

Seit Wochen ringt die EU, um das von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigte sechste Sanktionspaket gegen Russland auf die Beine zu stellen. Knackpunkt ist das von ihr völlig unüberlegt ausgerufene Ölembargo, das in erster Linie Ungarn, die Slowakei und Tschechien und in der Folge Europas Dieselfahrer besonders treffen würde. Denn der Diesel wird, wenn er nicht direkt aus Russland importiert wird, in Europa vorzugsweise aus russischem Erdöl raffiniert.

Unbedachte Folgen

Am vergangenen Wochenende ruderte die EU-Kommission dann zurück: Der Importstopp soll vorläufig nur für Lieferungen per Schiff gelten. Pipelines sollen ausgenommen werden, damit das Erdöl über die „Druschba“-Pipeline weiterhin nach Ungarn, der Slowakei und Tschechien fließen kann.

Diesen Ländern wurde auch eine zweijährige Ausnahme vom Embargo als Übergangsregel angeboten. Dagegen stemmte sich vor

allem Ungarn, das zwei Drittel seines Erdöls und seines Benzins aus Russland bezieht. Ein vollständiges Abnabeln von russischem Erdöl würde nach Angaben aus Budapest mehrere Milliarden Euro kosten und mehrere Jahre dauern, da Raffinerien anzupassen und eine Pipeline in Richtung Kroatien auszubauen wäre.



Viktor Orbán: „Zuerst sollten wir überlegen, was die EU haben, und erst dann sollten wir

Hetze gegen Waldhäusl

Unsere „Gutmenschen“ wollen lieber junge Männer aus Syrien und Afghanistan bei uns versorgen und einquartieren als Frauen und Kinder aus der Ukraine. Also haben sie Landesrat Gottfried Waldhäusl angezeigt, weil er angeblich Frauen und Kinder „bevorzugt“ hat. Die lächerliche – rein politisch motivierte Anzeige – wegen der nächtlichen Ausgangssperre im ehemaligen Asylheim Drasenhofen wird zum „Dauerbrenner“ der linken Hetzer gegen Landesrat Waldhäusl. Die jungen Herren wurden nach Drasenhofen verlegt, weil sie „verhaltensauffällig“ waren. Das so schreckliche und angeblich menschenverachtende nächtliche Ausgangsverbot für vorgeblich jugendliche „Hilfesuchende“ entspricht dem Jugendschutz, und die Erzieher haben dafür zu sorgen, dass Jugendliche die Zeiten einhalten. Ob jetzt unsere Gutmenschen auch die nächtlichen Ausgangsverbote in Heimen, Reha-Kliniken oder Erholungsheimen der Gesundheitskassa aufheben wollen, ist noch fraglich. Aber das wird den Guten wohl egal sein, denn es geht ihnen nur darum, möglichst viele Asylwerber ins Land zu holen, weil gewisse fortschrittliche Kreise an ihnen ein Vermögen verdienen. Mir jedenfalls ist der Schutz von Frauen und Kindern wichtiger als die Interessen der illegalen Glücksritter, die ihre Familien in der Heimat im Stich gelassen haben, um hier das Glück im Sozialstaat zu suchen, anstatt von ihrer Hände Arbeit zu leben.

Stephan Pestitschek, Strasshof



Staatsbürgerschaft

Laut einer aktuellen Umfrage haben sich 92 Prozent der Österreicher gegen Erleichterungen zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft ausgesprochen. Der amtierende Bundespräsident Van der Bellen tritt nun für die Reduzierung der Wartezeit zur Erlangung der Staatsbürgerschaft

LESER AM WORT



von zehn auf sechs Jahre ein. Damit stellen sich er und seine grünen Bundesgenossen gegen die Mehrheit der Österreicher. Sie zeigen damit ihre wahren Absichten, nämlich für Migrationswillige aus aller Welt den Anreiz zu schaffen, nach Österreich einzuwandern, wohl auch im Glauben, sich damit Grünwähler hereinzuholen. Ich persönlich bin sogar für das Gegenteil, eine Verlängerung der Wartezeit auf 15 Jahre. Der Eintrittspreis in das Sozialparadies Österreich ist derzeit mehr oder weniger zum Diskontpreis erhältlich. Daher wäre es nicht nur recht und billig, eine Art Eintrittsgebühr für die Erlangung der Staatsbürgerschaft zu fordern, dafür bekommt der Antragsteller dann alle Sozialleistungen. Dass die Voraussetzung für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ein einwandfreies Vorleben zur Folge haben muss, ist ja selbstverständlich, genauso wie den Nachweis perfekter Sprachkenntnisse. Lieber Herr Bundespräsident und grüne Bundesgenossen, nehmt zur Kenntnis, dass mit aktuell über neun Millionen Menschen das Boot Österreich bereits mehr als voll ist. Noch mehr Migrationswellen ins gelobte Sozialparadies wäre das Ende unseres Sozialstaates Österreich. Wer jetzt noch bei der Wahl für das Amt des Bundespräsidenten grün wählt, der sägt am eigenen Ast.

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz



Orbán gegen Brüssel

Die Regierung Viktor Orbán in Ungarn regiert für das Volk. In anderen Ländern Europas, auch bei uns in Österreich, ist es genau umgekehrt. Dazu gehören auch die gesetzlosen Waffenlieferungen in die Ukraine, weil man anscheinend keine Lust hat, diesen Krieg zu beenden. Die EU und Europa machen eben alles, was sich der „Weltpolitiker“ in Übersee wünscht. Orbán ist ein Ausnahmepolitiker in Europa, der sich um sein Volk kümmert und sich nicht von der EU oder den USA steuern lässt.

Ernst Pitlik, Wien

Eine Prognose

Es ist schon mehr als eindeutig, dass die Bundespräsidentenwahl für den derzeitigen Amtsinhaber eine „gemahte Wies'n“ ist, wie der Volksmund dies bezeichnen würde. Daher haben ihm gleich vier Parteien ihre Unterstützung zugesagt. Oder ist es eher so, dass man sich gar nicht getraut, einen eigenen

Kandidaten aufzustellen, weil man keinen geeigneten hat? Oder will man dem alten und möglichen neuen Bundespräsidenten gleich vom ersten Tag an die Schuhe putzen, damit er weiter zusieht, was hier so politisch getrieben wird? Ich würde einmal vorhersagen, dass es ein Debakel bei der Wahlbeteiligung geben wird und es gar nicht so darauf ankommen wird, wer gewählt wird. Aber diese Zeichen zu deuten, dass die Nichtteilnahme an der Wahl auch eine Stimme der Ablehnung ist, sollte man erkennen. Ich bin neugierig, wie weit meine Prognose stimmen wird.

Frank Christian, Aurozlmünster



Brüsseler „Demokratie“

Wie sagte doch der ehemalige CSU-Vorsitzende Horst Seehofer einmal in weiser Voraussicht: „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt. Und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“ Das passt doch in unsere „bewusstseinspaltend-narrative“ EU-Zeitperiode, auch wenn es niemand wahrhaben will.

Alois Neudorfer, Vöcklabruck

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105
Bestellungen auch per E-Mail: andreas.schoen@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



„Teuerungsausgleich“ nur für die Genossen im Bund

Keine Hilfe für die Wiener, aber Dumpingmiete für die Bundes-SPÖ

Die Wiener SPÖ feierte sich selbst am Landesparteitag ab und gewährt der Bundespartei eine Dumpingmiete in der Löwelstraße. Aber Bürgermeister Ludwig und seine Genossen lassen die Wiener mit der horrenden Teuerung im Regen stehen.

„Die Ankündigung des Wiener SPÖ-Chefs, weiter auf den ‚Wiener Weg‘ setzen zu wollen, ist eine gefährliche Drohung gegenüber der Bevölkerung“, bemerkte FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp zum Festhalten an der FFP2-Maskenpflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln der Stadt Wien.

Ignorante Genossen

Völlig ignoriert die SPÖ, dass 500.000 Wiener an oder bereits unter der Armutsgrenze leben müssen, kritisierte Nepp. Anstatt zu entlasten und ihnen das Leben leistbar zu machen, wurden die



„Teuerungsausgleich“ gibt es in Wien nur für die Genossen vom Bund.

städtischen Gebühren und die Mieten im Gemeindebau erhöht. „Besonders skandalös ist, dass die SPÖ um einen Spottpreis in ihrem Palais in der Löwelstraße residiert, während die Gemeindewohnungen immer desolater und dabei teurer werden“, betonte der Wiener FPÖ-Chef: Für eine ausfinanzierte Genossenschaftswohnung sind 4,17 Euro pro Monat und Quadratmeter zu zahlen, aber von der Bun-

des-SPÖ werden nur 3,77 Euro in der Löwelstraße verlangt.

Zum Festhalten am „Wiener Weg durch die Pandemie“ schlug Nepp dem Bürgermeister und seinem Gesundheitsstadtrat vor, doch auf ihre klimatisierten Dienstwagen zu verzichten und – wie die von ihnen malträtierten Wiener – ab sofort eine FFP2-Maske tragend mit Strassenbahn oder U-Bahn ins Rathaus zu fahren.

Missbrauchsvorwürfe: Keiner ist schuld

Die Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs an vier Kindergartenkindern durch einen Pädagogen sind nach wie vor aktuell, nur nicht in der Politik. Auch für die Leiterin der MA10 gab es bisher keine Konsequenzen, obwohl sie weder den zuständigen Stadtrat, noch die anderen Eltern möglicher betroffener Kinder zeitgerecht informiert hat.

„Nun lässt sich auch Neos-Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr seinerseits Zeit, bis eine von ihm eingesetzte Kommission die Vorwürfe aufgeklärt hat. Und gehandelt werden soll erst nach Vorlage des Endberichts“, empörte sich Wiens FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss.

Er kritisierte zudem die Verfehlungen des Bildungsstadtrates im Kindergartenbereich. Um diesen Beruf wieder attraktiv zu machen und den Kindern ein sicheres Umfeld bieten zu können, müsse sich endlich etwas bewegen, forderte Krauss: „Gerechte und faire Entlohnung für das Kindergartenpersonal, Ausbildungsinitiative für Kindergartenpädagoginnen, um so ungeschultes Hilfspersonal zu reduzieren und ein Vier-Augen-Prinzip bei der Betreuung gewähren zu können, sind notwendig. Nur mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann eine weitere Abwanderung des Personals nach Niederösterreich verhindert werden.“



Krauss: Wiederkehr kopiert SPÖ-Politik des Aussitzens.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Vorgestern bin ich einmal nicht per pedes durch Wien spaziert, sondern ich habe mir einen Fiaker organisiert.

Fiaker

Am Stephansplatz hab ich mir „zwa harbe Rappen“ angelacht, ein sympathischer Fuhrmann (Kutscher darf ich glaub ich nicht sagen, denn „a Kutscha kaun a jeda wean, owa foan, des kennan s nua in Wean“) fragte mich nach meinem Ziel, und schon war's wie in einer venezianischen Gondel: Man sieht nicht viel von der Gegend. In der Stadt des Commissario Brunetti verstellt einem der Gondoliere vorn die Aussicht, und in Wien sieht man hauptsächlich den Hintern des Fiaker-Lenkens.

Das ist in beiden Fällen wurscht, Hauptsache, der Zauber des Gefährts umgibt einen. Den spürt er halt nicht, der Herr Rauch. Vielleicht macht er sich demnächst über die Liliputbahn her, weil die so laut durch den Prater rattert.

Wenn ihm aber der Tierschutz am Herzen liegt, kann er ja drauf achten, dass es den Pferden gutgeht. Ein trefflicher Stall, genug Wasser, gutes Futter, und meinetwegen ab 30 Grad Ruhe.

Die Fiaker mit ihrer „Melone“ oder ihrem „Stesser“ gibt's immerhin seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. An dem Kulturgut wird auch der Herr Minister kaum was ändern.

OBERÖSTERREICH 

Herwig Mahr

Resolution gegen ein Gasembargo

Oberösterreichs Freiheitliche fordern im kommenden Landtag einen ehrlichen Umgang bei Gasabhängigkeit Österreichs von Russland. Denn ein Gasembargo, das in Brüssel bereits angedacht wird, würde die heimische Wirtschaft und den Wohlstand der Bürger zerstören. „Ein Gasembargo wäre für Österreich und hier insbesondere für das Industrieland Oberösterreich ein Schuss ins Knie. Rund 80 Prozent des in Österreich benötigten Gases kommen aus Russland“, erklärte Klubobmann Herwig Mahr. In einer Resolution wird die Bundesregierung aufgefordert, auf EU-Ebene – wenn nötig – ein Veto gegen das Gasembargo einzulegen.

Foto: FPÖ Oberösterreich

Warum schont Wohnbaulandesrat die Immobilienspekulanten?

VwGH-Urteil offenbart weitere Details zu Wohnbauskandal

Mit Nichteinforderung gesetzlicher Sanktionszahlungen im Zuge der Aberkennung der Gemeinnützigkeit schonte das Land Immobilienspekulanten.

Im Skandal um die ehemalige Wohnbaugenossenschaft „die Eigentum“ präsentierte FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer jetzt ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs vom 29. März 2022, das den ganzen Pfuscher des zuständigen ÖVP-Landesrats Martin Eichinger in der Causa aufzeige.

45 Millionen Euro „verpfuscht“

„Wie konnte ‚die Eigentum‘ im Jahr 2021 in die Insolvenz gehen, wenn doch die gesetzlichen Sanktionszahlungen im Zuge der Aberkennung der Gemeinnützigkeit ab Oktober 2019 gar nicht mehr geleistet wurden? Dem muss auf den Zahn gefühlt werden“, forderte Landbauer erneut Aufklärung vom ÖVP-Lan-

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

Landbauer: Aufklärung zu „Nachlass“ für Immobilienspekulanten.

desrat ein. Für die Sicherung der Zahlungen an das Land hätte ein Regierungskommissär entsandt werden müssen. Aber offensichtlich habe man bei der Begründung der Bestellung derart gepfuscht, wodurch diese nicht zustande gekommen sei,

kritisierte Landbauer: „Die ÖVP Niederösterreich hat gegenüber Immobilienspekulanten anscheinend die Samthandschuhe angelegt. Von den einzufordernden 52 Millionen Euro wurden lediglich 6,6 Millionen beglichen.“

TIROL 

Grenze für Wahlkampfkosten

Der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger forderte einmal mehr eine Beschränkung der Wahlkampfkosten für die Landtagswahlen in Tirol. Dazu haben die FPÖ und die anderen Oppositionsparteien in der letztwöchigen Landtagssitzung einen Antrag eingebracht, wonach das Tiroler

Parteienfinanzierungs- und Klubförderungsgesetz dahingehend geändert werden sollte, dass jede Partei maximal eine Million Euro an Wahlkampfkosten bei der Landtagswahl ausgeben darf.

„Wenn man bedenkt, dass jährlich knapp acht Millionen Euro an die Parteien im Tiroler Landtag ausbezahlt werden, dann sollte es auch eine Begrenzung bei den Wahlwerbekosten geben. Denn es handelt sich um Steuergelder, die der politischen Arbeit dienen“, betonte Abwerzger.

Die Aussage von ÖVP-Klubobmann Jakob Wolf zu möglichen Schwierigkeiten bei der Definition der „Wahlkampfkosten“ wertete Abwerzger als „fadenscheinigen Vorwand“ der Landes-ÖVP. Die Wahlkampfkosten müssten deutlich reduziert und vor allem transparent dargestellt werden, forderte Abwerzger: „Das sind wir den Tiroler Wählern und Steuerzahlern einfach schuldig.“



Foto: FPÖ Tirol

Abwerzger: Begrenzung und Transparenz bei Wahlkampfkosten.

Einladung zum
33. Ordentlichen
**LANDES
PARTEITAG**
der Tiroler Freiheitlichen

TAGESORDNUNG

01. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
02. Totengedenken
03. Genehmigung der Tagesordnung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Landesparteitag
04. Einsetzung einer Mandatsprüfungs-, Wahl- und Stimmzählungskommission sowie zweier Protokollbeglaubiger
05. Statutenänderungen
06. Bericht des Landesfinanzreferenten Peter Wurm & der Rechnungsprüfer sowie Entlastung
07. Bericht des Landesparteiobmannes **KO Markus Abwerzger**
08. Bericht des Bundesparteiobmannes **KO Herbert Kickl**
09. Wahlen
 - des Landesparteiobmannes
 - der Landesparteiobmann-Stellvertreter
 - des Landesfinanzreferenten
 - der weiteren Mitglieder des Landesparteivorstandes
 - die Anzahl der weiteren Mitglieder der Landesparteilung
 - der Rechnungsprüfer
 - des Landesparteigerichtes
 - der Delegierten und Ersatzdelegierten zum nächsten Bundesparteitag
10. Anträge, Resolutionen, allg. Aussprache & Ehrungen
11. Schlusswort des neu gewählten Landesparteiobmannes

Im Anschluss an den Landesparteitag laden wir alle Delegierten und Gäste zu einem gemeinsamen Essen ein.

KO Labg. Mag. **MARKUS ABWERZGER**
LANDESPARTEIOMBANN

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI
TIROL

FPÖ - Die Tiroler Freiheitlichen
Leopoldstraße 72 | 6020 Innsbruck

SONNTAG

03.
JULISZentrum
Andreas-Hofer-Strasse 10
6130 SchwazBEGINN:
11.00 Uhr
Einlass ab 09:30 Uhr
Freie Platzwahl!

KÄRNTEN 

2018 von SPÖ und ÖVP teilprivatisiert, jetzt herrscht Streit in der Landesregierung zur Zukunft des Flughafens Klagenfurt.

Koalitionsstreit schadet dem Flughafen Klagenfurt

Probleme wurzeln in der unausgegorenen Teilprivatisierung 2018

FPÖ-Landeschef Erwin Angerer ortet in der „Causa Flughafen“ ein Totalversagen von SPÖ und ÖVP zum Schaden des Wirtschaftsstandortes Kärnten.

Der von SPÖ und ÖVP im Jahr 2018 durchgezogenen Teilprivatisierung des Flughafens Klagenfurt hat bereits der Landesrechnungshof ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. In dieser Teilprivatisierung sieht FPÖ-Landesparteiobmann Erwin Angerer auch die Ursache der aktuellen Probleme.

Er bezweifelt, dass die Verursacher, also die rot-schwarze Lan-

desregierung, diese lösen könne: „Die Causa erweist sich als Totalversagen von SPÖ und ÖVP zum Schaden des Wirtschaftsstandortes Kärnten und eine weitere Verschleuderung von Landesvermögen.“

Beziehung von Experten

Er forderte daher eine Beendigung des rot-schwarzen Hick-Hacks durch die Beiziehung von Experten, um im Sinne des Landes eine Lösung mit professionellem Know-how möglich zu machen. Denn anscheinend fehle dieses dem zuständigen ÖVP-Landesrat

Martin Gruber, wie sich jetzt im Rechtsstreit mit der Stadt Klagenfurt herausgestellt habe.

Daher werden die Freiheitlichen Landesrat Gruber in der nächsten Landtagssitzung am 9. Juni erneut befragen, welche konkreten Auswirkungen ein Rückkauf hätte und wie sein „Plan B“ konkret aussehe.

„Es zeigt sich, dass der Vorschlag der FPÖ, den Flughafenbetrieb und den Besitz der Grundstücke zu trennen, richtig gewesen wäre. Aber davon haben damals alle anderen leider nichts hören wollen“, erinnerte Angerer die rot-schwarze Landesregierung.

SPÖ gegen Bürgerbefragung

Obwohl aus der Bevölkerung der Gemeinde St. Peter-Freienstein massive Kritik an zwei geplanten Fotovoltaikanlagen mit einer Gesamtgröße von 27 Hektar kommt, hält die SPÖ an der notwendigen Flächenwidmungsänderungen fest.

Von einer Abstimmung nahm die SPÖ wegen fehlender Zwei-Drittel-Mehrheit in der letzten Gemeinderatssitzung Abstand. Aber einen von FPÖ-Gemeinderat Udo Stix eingebrachten Dringlichkeitsantrag zur Abhaltung einer Volksbefragung lehnte sie mit ihrer Mehrheit ab.

„Dieses Verhalten ist demokratiepolitisch fragwürdig. Die Ablehnung unseres Antrags zeigt zudem, dass eine echte Einbindung der Menschen an Ort und Stelle von den Sozialisten offensichtlich nicht erwünscht ist“, kritisierten Stix und Bezirksparteiobmann Marco Triller die dubiosen Vorgehensweise der SPÖ.

Der Eingriff in das Landschaftsbild sei in diesem Fall schlicht unverhältnismäßig und der an den Tag gelegte politische Dilettantismus und Stil der SPÖ sei abzulehnen, erklärten die beiden FPÖ-Politiker.

STEIERMARK 

Wird Kritik der Bürger zur Mega-Fotovoltaikanlage ignoriert?



Erwin Angerer

FPÖ-Landesparteiobmann Kärnten

Wo andere Länder Politik machen, tänzelt Österreichs Bundesregierung von einem Sesselkreis zum nächsten. An sich ist daran auch nichts auszusetzen, wenn denn einmal etwas Sinnvolles dabei herauskäme.

Doch so weit sind wir in Österreich noch lange nicht. Während die Menschen im Land kaum noch wissen, wie sie ihren täglichen Lebensunterhalt bestreiten sollen, verteilt die schwarz-grüne Bundesregierung à la Krösus Gutscheine, die – wie wir es leider von den „Hilfspaketen“ inzwischen gewohnt sind – vielfach gar nicht oder zu spät dort ankommen, wo sie hinsollen.

Russisches Roulette

Das ist ernüchternd, aber nicht existenzgefährdend. Das wird es erst bei den Überlegungen zu einem Öl- und Gas-Embargo gegenüber Russland. Wer weiß, dass Österreich 80 Prozent seines Gases aus Russland bezieht, dass 900.000 Haushalte mit Gas heizen und die Industrie großteils vom Gas abhängig ist, der weiß auch, dass die schwarz-grüne Bundesregierung hier ein russisches Roulette spielt, das einem Wirtschafts- und Wohlstandsvernichtungsprogramm gleichkommt.

Ein Öl- und Gas-Embargo hätte fatale und bisher nicht abschätzbare Auswirkungen, die jeden einzelnen von uns empfindlich treffen würden. Es ist völlig verantwortungslos von ÖVP und Grünen, alleine darüber nachzudenken, ein solches Embargo umzusetzen. Stattdessen sollte sich die Bundesregierung in ihren Sesselkreisen sofort damit beschäftigen, den Strompreis zu senken und das Leben für die Menschen im Land wieder leistbar zu machen!

GEZWITSCHER



Martin Prikoszovich

@prikoszovich



Der #SPÖ Wien Parteitag ist doch ein Witz! Zunächst sitzen sie ohne Maske zusammen, dann kommen die Pressefotos. #PRW und Ludwig jetzt beide mit Maske, der Saal ohne Maske. Echt jetzt, etwas verlogen die SPÖ! Solche Regeln sind witzlos und dienen nur der Inszenierung! #LPT22

29. Mai 2022 12:36

„Wiener Weg“: Die „Heisln“ sollen in den Offis FFP2-Maske tragen, die SPÖ-Granden nur vor Kameras.

Robert Schaller

@RobertSchaller11



Obwohl mehr als die Hälfte der Österreicher die Energieausgaben kaum noch stemmen können, spricht Werner Kogler von einer künstlichen Hysterie über die permanente Teuerung. Mit €18.000,- pro Monat würde ich die Aufregung auch nicht verstehen.

28. Mai 2022 14:49

Es geht ihm doch um die „Klimaretterung“! Versteht denn das keiner!

TELEGRAM



GEFÄLLT MIR



Herbert Kickl

30. Mai 2022

Einfach unfassbar: Die Regierung versucht alles, um die Österreicher in die Impfung zu treiben!



©APR/TOBAS STENMAURER

REGIERUNG MACHT IMPF-NACHZÜGLERN DRÜCK
Impf-Knaller: Genesen zu sein ersetzt Impfung nicht mehr

1.622 Personen gefällt das.

Da kann man sich ausmalen, mit welchen Maßnahmen die Österreicher im Herbst malträtirt werden.

Frankreich und Großbritannien schaffen Rundfunkgebühren ab

Hafenecker: Österreich sollte dem Beispiel folgen

In Frankreich werden die Zwangsgebühren für den Staatsfunk heuer abgeschafft, Großbritannien folgt mit einer Übergangsregelung 2027.

Während in Österreich trotz Rekordinflation, massiver Teuerung und den verheerenden Auswirkungen der „Corona-Maßnahmen“ auch noch die GIS-Gebühren Anfang des Jahres um satte acht Prozent erhöht wurden, drückt Frankreich auf die Rundfunkgebühren-Stoptaste.

Ende der Zwangsgebühren

Großbritannien folgt dem Beispiel 2027, und in Dänemark wurden sie bereits abgeschafft. Für FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker wäre es höchst an der Zeit, dass Österreich diesen Beispielen folgen sollte: „Im Extrem-



AUF 1: Es gibt auch Fernsehen ohne Zwangsgebühren.

fall muss ein Haushalt pro Jahr knapp 350 Euro an den ORF abführen, um dafür im Gegenzug eine Berichterstattung mit politischer Schlagseite sowie einen mehr als dürftig wahrgenommenen Bildungsauftrag serviert zu bekommen.“

Nebenbei kassiere auch der Staat kräftig bei den Gebühren mit, die sich pro Jahr auf fast eine Milliarde Euro belaufen. „Es wäre somit ein

Leichtes, diese Gebühren gerade in dieser Krisenzeit gänzlich zu streichen und damit die Österreicher zu entlasten“, betonte der FPÖ-Mediensprecher.

Dass es auch ohne „staatliche Fürsorge“ möglich ist, ein unabhängiges Fernsehprogramm anzubieten, beweist der Sender „AUF 1“. Dieser feierte letzte Woche sein einjähriges Bestehen. Wir gratulieren!

FPÖ IN DEN MEDIEN

Leistbares Wohnen wird vor der Landtagswahl in Tirol zum Thema, berichtet die „Tiroler Tageszeitung“. Dabei schießt sich die Opposition, angetrieben von der FPÖ, auf Grüne und SPÖ ein, die den von der Teuerungswelle geplagten Mittelstand einmal mehr übersehen. Mehrere Anträge der FPÖ im Innsbrucker Gemeinderat zur



Linderung der Wohnungsnot wurden von der SPÖ abgelehnt. FPÖ-Vizebürgermeister Markus Lassenberger zeigte sich erstaunt, denn die SPÖ hatte angekündigt, den Mittelstand doch zu berücksichtigen.

Wie schwer Straßenbauprojekte unter einer grünen Klimaministerin umzusetzen sind, zeigt sich in der Steiermark, berichtet die „Kleine Zeitung“. Eigentlich war die mündliche Verhandlung der Umweltver-



träglichkeitsprüfung (UVP) für den Ausbau der Packer Bundesstraße (B 70) bereits für den Sommer 2021 avisiert. Aber einen

Termin gibt es bis heute nicht. Grund genug für die Steirer-FPÖ, den zuständigen Verkehrslandesrat erneut zu befragen, wie es mit der Planung und vor allem mit der Kostenentwicklung (2017 waren 55 Millionen Euro geplant) aussehe.



GIBBÄRS TV-NOTIZ

durchgesetzt hat, die mit Messern auf ihre psychischen Probleme aufmerksam machten und dabei ihren Gott anriefen, dass er ihnen zeige, wie sie ihre „Probleme“ den Ungläubigen richtig erklären.

Bei Einheimischen, die politisch weder links noch grün verortet sind, oder gar gegen diese ideologischen

Werte auftreten, wird eine robuste psychische Gesundheit vorausgesetzt. Die sind dann einfach rechts, rechtsradikal, rechtsextrem oder einfach Neonazis.

Linke dürfen demonstrieren, „rechte“ gehen nur auf Randalen. Geraten Linke und die Polizei aneinander, dann haben die Ordnungshüter provoziert. Bei „Rechten“ ist es natürlich eine von ihnen herbeigeführte Gewalt-Eskalation.

Auf diese Unterscheidungen und sprachlichen Verrenkungen wird im öffentlich-rechtlichen penibel geachtet, dem Objektivitätsgebot geschuldet. Damit die psychisch unsteinen Zuschauer auch alles (politisch) richtig zuordnen können.

Da geht's nur immer trab-trab-trab

Die Fiaker in Wien – eine Institution

Mein Kollege Hannes Wolff hat mich mit seiner Kolumne zu den folgenden Zeilen angeregt.

Da die Wiener Fiaker ja zur Zeit heftige Debatten auslösen, schadet es nicht, ihrem Wesen einmal nachzugehen.

Im guten alten Paris gab's schon Lohnkutschen, und dokumentiert ist dafür ein Standplatz in der Rue Saint Fiacre im Jahr 1662. Zum Straßennamen kam noch dazu, dass dort ein Wirtshaus stand, auf dessen Wand das Bild des irischen Mönchs Fiacrius zu sehen war. Dieser Fiacrius war übrigens ein Königssohn, wollte vom Königtum aber nichts wissen, sondern setzte sich in die Normandie ab und wurde dort Einsiedler. Das spielte sich bereits um das Jahr 600 ab. Die Gegend seiner Einsiedelei heißt Saint Fiacre, und rund um sein Leben und seinen Tod gibt's jede Menge Sagen. Wegen diverser Wunder in seinem Garten ist Fiacrius Schutzheiliger der Gärtner.

Immer mehr Vorschriften

Ja, und die besagten Kutschen kamen nach und nach von London nach Wien. Hier gab's zunächst

Stadt- und Landkutschen, die Fuhrleute mussten sich im Lehenswagenamt in der Kärntner Straße 28 registrieren lassen. Diverse Vorschriften, ähnlich wie die heutige Taxi-Ordnung für Taxler aus Schwechat, schrieben vor, wo und wo nicht sie fahren und Fahrgäste aufnehmen durften. Es gab verschiedene Wagentypen, „offene“ Fiaker, „geschlossene“ Fiaker und Landauer.

1859 wurden gewerbliche Rechtsvorschriften ins Leben gerufen, man unterschied freies Stadtlohnfuhrwerksgewerbe und konzessioniertes Lohnfuhrwerksgewerbe mit fixen Standplätzen. 1868 kam die Fiaker- und Einspänner-Ordnung für den Polizei-Rayon von Wien heraus. Manche Angehörige des Kaiserhauses hielten sich ihre Leib-Fiaker. Bekannt ist der „Bratfisch“ des Kronprinzen Rudolf.

Firmlinge

Am 28. September 1890 fand am Trabrennplatz sogar ein Fiaker-Rennen statt. Den Brauch, Fiaker vorwiegend für Stadtrundfahrten, Praterbesuche – etwa bei Firmungen – und besondere Anlässe

wie Hochzeiten zu verwenden, gibt es seit dem Ersten Weltkrieg. Viele Fiaker wohnten im Fiakerdörfel in Erdberg, woran heute noch der Fiakerplatz erinnert.

Seit 1991 steht hier das „Fiakerdenkmal“, eine Bronzeplastik aus dem Jahr 1938.

In die Musik sind die Fiaker durch die Oper „Der Fiaker als Marquis“ von Adolf Bäuerle und natürlich durch das Fiakerlied von Gustav Pick eingegangen. Dieses populäre Lied wurde von Alexander Girardi im Mai 1885 zum 100-Jahr-Fest der Fiaker in der Rotunde zum ersten Mal gesungen, und ich hab's noch in der Interpretation meines Freundes Heinz Holecek im Ohr. Den berühmten Pfiff (i bin halt ---- an echts Weana Kind) hat Honzo mir



Foto: NFZ

vergeblich beizubringen versucht.

Seit 2004 müssen die Pferde einen „Pooh-Bag“ tragen, ich würde sie, wir sind ja in Wien, eher Knödel-Sackl nennen. Seither haben die Spatzen weniger zu essen.

Die Kopfbedeckung des Fiakers muss eine Melone sein: Im Jahr 2007 wurde ein Fiaker bestraft, weil er bei 33 Grad am Heldenplatz seinen „Stesser“ abgenommen hatte.

Herbert Pirker

Informations-Tour für die FPÖ-Gemeinderäte in NÖ

Im Rahmen Ihrer „Frühlingstour“ durch Niederösterreich besuchte das Team des FPÖ-Gemeindevertreterverbands (GVV) auch das Weinviertel.

In einer gemeinsamen Sitzung der Gemeinderäte aus dem Bezirken Hollabrunn und Korneuburg im Gasthof „Goldener Adler“ in

Sierndorf informierten GVV-Landesobmann Hannes Böck sowie die beiden Landtagsabgeordneten Ina Aigner und Dieter Dorner die interessierten Funktionäre über aktuelle Themen aus dem Landtag wie das Landeswahlrecht sowie Forderungen und Themen für die nahe Landtagswahl.



V.l.n.r.: Robert Koppensteiner, Dieter Dorner, Ina Aigner, GVV-Landesobmann Hannes Böck und Vize-Bürgermeister Manfred Baumgartner.

Rubbellos startet den „Urlaubs-Countdown“

Jetzt ein Jahres-Urlaubsbudget von 7.000 Euro monatlich gewinnen

Die Ferienzeit steht bevor, und Rubbellos startet wieder seinen 31-teiligen „Urlaubs-Countdown“ mit dem gleichnamigen Los. Aber egal, ob man die Rubbelfelder von 31 abwärt, oder von 1 bis 31 rauf, oder wild durcheinander oder aber alle auf einmal aufrubbelt, eines sicher ist: Jedes Los gewinnt, und mit etwas Glück rubbelt man den Hauptgewinn in Höhe von 7.000 Euro monatlich, für ein ganzes Jahr lang, auf. Diesen Hauptgewinn gibt es zweimal in dieser Serie mit 1,1 Millionen Losen.

Daneben warten weitere Gewinne von 3 bis 5.000 Euro. Wieviel man letztlich gewonnen hat, hängt von der Art und Anzahl der freigerubbelten gleichen Symbole ab.

Das „Urlaubs-Countdown“-Rubbellos ist zum Preis von 7 Euro in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich.



2.000 Euro pro Monat zusätzlich

Für einen Niederösterreicher stehen jetzt „10 fette Jahre“ an

Einmal „Ritsch“, einmal „Ratsch“ – also zweimal aufgerissen, dann dreimal aufgefaltet, und mit etwas Glück werden aus zwei Euro Einsatz gleich 120 mal 2.000 Euro Gewinn.

Wer das nächste Jahrzehnt also etwas entspannter angehen will, der kann sein Glück mit dem Brieflos „10 fette Jahre“ versuchen. Ein Niederösterreicher hat das vor wenigen Wochen erfolgreich getan und erhält jetzt 2.000 Euro monatlich, netto, und das zehn Jahre lang. Dieses Brieflos ist in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich, und neben den Hauptgewinnen gibt es zahlreiche weitere Gewinne von 2 Euro bis 10.000 Euro sowie das Bonusrad als zweite Gewinnstufe, bei dem gleich in der Annahmestelle auf dem Spielterminal kleinere Gewinne erzielt werden können.



STEIERMARK:

03.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Walter Rauch

Restaurant & Diner Pizzburg
St. Johann ob Hohenburg 31,
8564 Söding - St. Johann

BURGENLAND:

08.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Axel Kassegger

Weingut Anna Hoffmann
Sandhöhe 27, 7132 Mönchhof

NIEDERÖSTERREICH:

09.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Axel Kassegger

Gasthof Klapka
Hauptplatz 29, 2191 Gaweinstal

KÄRNTEN:

09.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Christian Hafenecker

Gasthaus Krall
Ehrentaler Str. 57, 9020 Klagenfurt

OBERÖSTERREICH:

10.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Axel Kassegger

Gasthausbrauerei Zum Alfons
Bergern 2, 4690 Rutzendorf

SALZBURG:

10.06.2022 | 19.00 Uhr
mit NAbg. Christian Hafenecker

Hotel & Restaurant Gambswirt im Maier-Saal
Marktplatz 5, 5580 Tamsweg

WIEN:

11.06.2022 | 11.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl

Meidlinger Hauptstraße
Ecke Bonygasse

12.06.2022 | 11.00 Uhr
mit BPO NAbg. Herbert Kickl

Böhmischer Prater
Gasthaus "Zum Werkelmann"
Laaer Wald 218, 1100 Wien

! Termine werden laufend aktualisiert.
Sie finden sie auf stopp.kostenlawine.at

*Wir freuen uns
auf Euer Kommen!*



Medien-Akademie 2022 - Jetzt bewerben!

Investigativ-Journalismus in Theorie und Praxis: Politisch interessierte Personen, die sich journalistisch betätigen möchten und Interesse an Recherche und investigativem Journalismus haben, bekommen in der Medien-Akademie 2022 des Freiheitlichen Bildungsinstituts die Möglichkeit dazu! Die Theorie wird ergänzt durch Arbeit an Recherche-Projekten sowie im Rahmen von Praktika bei Medien (hauptsächlich korrespondierend).

Journalistische Lehrwerkstatt: Die Medien-Akademie findet diesmal in einer kompakten Form statt, der Schwerpunkt liegt auf den Themen „Recherche und Investigativ-Journalismus“. In zwei Modulen „Basiswissen, Durchführung und Aufarbeitung von Recherche“ (24.-26. Juni, Salzburg) und „Korrekturer Umgang mit Quellen und Fakten“ (14.-15. Oktober, Wien) bietet das FBI eine journalistische Lehrwerkstatt an. Das Programm finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at.

Praktisch kostenlos: Die Kosten für Unterbringung, Verpflegung auf Vollpensionsbasis und Teilnahme an den Seminaren, Workshops und Praktika werden vom Freiheitlichen Bildungsinstitut übernommen.

Journalistische Vorerfahrung ist wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig, Rechtschreibkenntnisse sind Grundvoraussetzung. Die Teilnehmer sollten Bereitschaft dazu haben, während und nach der Absolvierung der Medien-Akademie als freie Mitarbeiter bei einzelnen Medienprojekten mitzuarbeiten.

Anmeldung und Bewerbung:

Interessierte bewerben sich bis spätestens 7. Juni 2022 per E-Mail bei: bildungsinstitut@fpo.e.at und übermitteln dem FBI ein Motivationsschreiben, einen Lebenslauf und eine Beschreibung der bisherigen journalistischen Tätigkeiten.